

Nr. 627

Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die amtliche Schätzung des unbeweglichen Vermögens (Schätzungsverordnung, SchV)

vom 24. Juli 1967 (Stand 1. Juni 2015)

Der Regierungsrat des Kantons Luzern,

gestützt auf § 9 Absatz 2, § 16 Absatz 3, § 28 Absatz 1 und § 30 Absatz 3 des Gesetzes über die amtliche Schätzung des unbeweglichen Vermögens (Schätzungsgesetz) vom 27. Juni 1961¹,

auf Antrag des Justizdepartementes, *

beschliesst:

1 Katasterschätzung

1.1 Schätzungsgegenstand

§ 1 *Bauten und Naturvorteile auf fremdem Boden*²

¹ Dauerbauten sowie Wasserkräfte und Naturvorteile, die auf fremdem Boden gestützt auf selbständige und dauernde, als Grundstücke eingetragene Bau- und Quellenrechte errichtet oder genutzt werden, sind als selbständige Grundstücke zu schätzen. *

² Beruhen solche Dauerbauten, Wasserkräfte und Naturvorteile auf Grunddienstbarkeiten (Überbau usw.), so sind sie in die Schätzung der berechtigten Grundstücke einzubeziehen.

¹ SRL Nr. [626](#), Zitiertitel: SchG.

² Gemäss Änderung vom 30. Mai 1989, in Kraft seit dem 1. Januar 1989 (G 1989 252), wurden alle Randtitel (Marginalien) zu Sachüberschriften. Bei den Sachüberschriften der folgenden Paragraphen wird auf diese Änderung nicht besonders hingewiesen.

* Siehe Tabellen mit Änderungsinformationen am Schluss des Erlasses.

³ Als selbständige Gegenstände sind sie zu schätzen, wenn sie sich auf persönliche, nicht als Grundstücke eingetragene Dienstbarkeiten oder auf obligatorische Vereinbarungen (§ 4 Abs. 2 SchG) abstützen. Kleinbauten werden nur auf Antrag als selbständige Gegenstände geschätzt. *

§ 2 Rechte und Lasten

¹ Rechte und Lasten aufgrund des zivilen und öffentlichen Rechtes sind unter Vorbehalt von Absatz 2 nur zu berücksichtigen, wenn sie für den Wert der Grundstücke von Bedeutung sind.

² Nicht zu berücksichtigen sind:

- a. Personaldienstbarkeiten und -grundlasten wie Nutzniessungs-, Wohn- und Schleissrechte,
- b. im Grundbuch vorgemerkte persönliche Rechte (Art. 959 ZGB³),
- c. Grundpfandrechte.

1.2 Revisions-schätzung

§ 3 Voraussetzungen der Revisions-schätzung *

¹ Revisionsgründe gemäss § 9 Absatz 1 des Schätzungsgesetzes sind insbesondere: *

- a. * Meliorationen, Güterzusammenlegungen, Entwässerungen, Aufforstungen, Rodungen, Verbauungen, natürliche Erdbewegungen,
- b. * Errichtung, Ausbau, Umbau oder Abbruch von Dauerbauten,
- c. Änderung der Erschliessung durch Strassen, Kanalisationen und Leitungen,
- d. * Handänderungen von landwirtschaftlichen Grundstücken gemäss § 14 des Schätzungsgesetzes zu einem nicht durch die landwirtschaftliche Nutzung bestimmten Erwerbspreis oder Anrechnungswert,
- e. * Aufgabe der land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung; wird die landwirtschaftliche Nutzung weniger als sechs Jahre unterbrochen, ist kein Revisionsgrund gegeben,
- f. Teilung oder Vereinigung von Grundstücken, sofern diese dadurch in ihrer Gesamtheit eine Wertveränderung erfahren,
- g. * Aufnahme der Ausbeutung von Naturvorteilen, Errichtung von Deponien, Rekultivierungen,
- h. * Begründung oder Aufhebung von Baurechten, Stockwerkeigentum oder selbständigem Miteigentum.

² Hat sich der Real- oder der Ertragswert um weniger als 5 Prozent verändert, ist in der Regel keine Revisions-schätzung vorzunehmen. *

³ SR [210](#)

§ 4 *Umfang der Schätzung*

¹ Bei der Revisions-schätzung ist der Katasterwert in der Regel von Grund auf neu zu ermitteln. *

² Bei nichtlandwirtschaftlichen Schätzungsgegenständen sind Wertfaktoren aus früheren Schätzungen soweit als möglich zu übernehmen, wenn sich der Real- oder der Ertragswert um weniger als 30 Prozent verändert hat, die bisherige Nutzungsart beibehalten wird und die letzte umfassende Neu- oder Revisions-schätzung weniger als acht Jahre zurückliegt. *

³ Bei landwirtschaftlichen Schätzungsgegenständen sind Wertfaktoren aus früheren Schätzungen soweit als möglich zu übernehmen, wenn sich der Ertragswert des Betriebs, zu dem sie gehören, durch den Revisionsgrund um weniger als 30 Prozent verändert hat, die bisherige Nutzungsart beibehalten wird und die letzte umfassende Neu- oder Revisions-schätzung weniger als acht Jahre zurückliegt. *

⁴ Bei Revisions-schätzungen gemäss den Absätzen 2 und 3 beginnt die Frist von § 8 Absatz 2 SchG nicht neu zu laufen.

1.3 Bewertung

§ 5 * *Stichtag*

¹ Massgebend für die Bewertung sind die Verhältnisse (Zustand, Nutzung usw.) im Zeitpunkt, auf den der neue Katasterwert in Kraft zu setzen ist (§ 8 Abs. 3, § 9 Abs. 3, § 10 Abs. 2 SchG).

§ 6 * *Nichtlandwirtschaftliche Grundstücke* *a. Schätzungsgrundsätze*

¹ Der Katasterwert nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke wird nach den anerkannten Regeln der Schätzungstechnik unter Verwendung von pauschalen Bewertungsansätzen aus Real- und Ertragswert ermittelt.

² Unüberbaute Grundstücke oder Grundstücke mit öffentlichen, gewerblichen oder industriellen Bauten, deren Ertragswert nicht zuverlässig ermittelt werden kann, sind auf der Grundlage des Realwertes zu schätzen.

³ Dabei sind die Weisungen der Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern⁴, die vom Finanzdepartement zu genehmigen sind, zu beachten.

⁴ Gestützt auf § 19 Absatz 2 des Publikationsgesetzes vom 20. März 1984 wurde in den §§ 6, 13, 15-19, 21, 24, 25, 27-34, 36 und 38-40 die Bezeichnung «Schätzungsamt» durch die Bezeichnung «Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern» ersetzt. Die Änderung trat am 3. Juni 2008 in Kraft.

§ 7 * *b. Verkehrswert des Bodens*

¹ Der Verkehrswert nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke ohne Bauten ist aufgrund von Vergleichspreisen und -werten der letzten fünf Jahre vor dem Stichtag (§ 5) unter Berücksichtigung der Ortsplanung festzulegen. *

² Der Verkehrswert des Bodens nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke mit Bauten wird sinngemäss nach Absatz 1 geschätzt. Fehlen vergleichbare Preise und Werte, wird der Bodenwert nach der Lageklassenmethode ermittelt.

³ Steht der nach Absatz 2 festgestellte Bodenwert in einem offenbaren Missverhältnis zum Verkehrswert des Bodens, den das Grundstück in unüberbautem Zustand aufweisen würde (z. B. Abbruchobjekt), ist der Bodenwert nach Absatz 1 zu ermitteln, wobei die Abbruchkosten von Bauten in Abzug zu bringen sind.

§ 8 * *c. Kleinbauten unter Fr. 5000.–*

¹ Bei der Bewertung nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke (§§ 17–20 SchG) fallen Kleinbauten, deren Neubauwert gemäss Gebäudeschätzung gesamthaft weniger als Fr. 5000.– beträgt, ausser Betracht.

§ 9 * *d. Kleinbauten von Fr. 5000.– bis Fr. 50 000.–*

¹ Nichtlandwirtschaftliche Grundstücke mit Kleinbauten, deren Neubauwert gemäss Gebäudeschätzung gesamthaft Fr. 5000.– bis Fr. 50 000.– beträgt, sind in der Regel nach dem Realwert (§ 19 SchG) zu schätzen.

§ 9^{bis} * ...**§ 10 *** *Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke*

¹ Der Ertragswert land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke (§§ 15 und 16 SchG) wird gemäss der Verordnung des Bundesrates über das bäuerliche Bodenrecht vom 4. Oktober 1993⁵ und der dazugehörigen Schätzungsanleitung des Bundesrates in der jeweils geltenden Fassung ermittelt. *

² Bei der Ermittlung des Ertragswertes forstwirtschaftlicher Grundstücke, die im Eigentum juristischer Personen stehen, ist zusätzlich deren Verwaltungsaufwand zu berücksichtigen; der Mindestertragswert pro Hektare beträgt Fr. 100.–.

§ 11 * *Bauten auf fremdem Boden*

¹ Dauerbauten auf fremdem Boden (§ 1) sind ohne den Wert des von ihnen beanspruchten Bodens nach der auf sie anwendbaren Bewertungsvorschrift (§ 15 oder § 17 SchG) zu schätzen.

⁵ SR [211.412.110](#)

² Der Wert des beanspruchten Bodens ist nach § 7 Absatz 1 dieser Verordnung zu schätzen.

1.4 ... *

§ 11^{bis} * ...

2 Organisation

§ 12 *Schatzungskreise*

¹ Jede Gemeinde bildet einen Schatzungskreis (§ 30 Abs. 1 SchG).

§ 13 *Erstinstanzliche Schatzungsbehörden*

¹ Erstinstanzliche Schatzungsbehörden für die Ermittlung der im Schatzungsgesetz vorgesehenen Werte sind: *

- a. die Schätzer,
- b. die Schatzungsobmänner,
- c. die Schatzungskommissionen,
- d. die Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern.

§ 14 * *Sachverständige der Gemeinden*

¹ Jede Gemeinde ernannt für die landwirtschaftlichen und die nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke mindestens je einen Sachverständigen (§ 30 Abs. 2 SchG).

§ 15 *Schätzer*

a. Ernennung, Zuteilung

¹ Die Schätzer werden vom Regierungsrat für die Amtsdauer der administrativen Behörden ernannt.

² Die Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern teilt jedem Schatzungskreis (§ 12) die für die Schätzung der landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke notwendigen Schätzer zu.

³ Bei der Zuteilung ist eine gleichmässige Belastung und ein rationeller Einsatz der Schätzer anzustreben.

§ 16 *b. Zuständigkeit*

¹ Der Schätzer ist zuständig für die Ermittlung des Katasterwertes bei Neuschätzungen (§ 1 Ziff. 1, § 8 SchG) und Revisions-schätzungen (§ 9 SchG), sofern nicht die Schatzungskommission oder die Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern zuständig sind. *

² Dem Schätzer steht bei den Schätzungen ein Sachverständiger der Gemeinde (§ 14) beratend zur Seite.

§ 16^{bis} * *Schatzungsobmänner*

¹ Das Finanzdepartement ernennt aus dem Kreis der Schätzer die Schatzungsobmänner.

² Die Schatzungsobmänner koordinieren zusätzlich die Katasterschätzungen in den ihnen zugeteilten Kreisen und erledigen die ihnen von der Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern zugewiesenen Aufgaben.

§ 17 *Schatzungskommissionen* *a. Zusammensetzung*

¹ Die Schatzungskommissionen werden von der Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern von Fall zu Fall zusammengesetzt.

² In der Regel bestehen die Schatzungskommissionen aus einem Beamten der Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern oder einem Schatzungsobmann als Präsident sowie einem Schätzer und einem Gemeindegachverständigen als Mitgliedern. *

§ 18 *b. Zuständigkeit*

¹ Die Schatzungskommission ist zuständig für die Ermittlung:

- a. des für die Erbteilung massgebenden Anrechnungswertes der Grundstücke (§ 1 Ziff. 3a SchG),
- b. * der Grundstückswerte und Anrechnungswerte des Betriebsinventars (§ 1 Ziff. 2 SchG) gemäss dem Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht vom 4. Oktober 1991⁶,
- c. * des durchschnittlichen Jahresertrags eines landwirtschaftlichen Gewerbes oder Grundstücks bei Bildung einer Ertragsgemeinschaft (§ 1 Ziff. 3c SchG).
- d. * ...

² Die Schatzungskommission kann ferner im Einzelfall von der Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern für die Ermittlung des Katasterwertes eingesetzt werden, wenn besondere Fachkenntnisse erforderlich oder Gegenstände von ausserordentlich hohem Wert zu schätzen sind.

⁶ SR [211.412.11](#)

§ 19 * *Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern*

¹ Die Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern ist gemäss § 30 Absatz 3 des Schätzungsgesetzes zuständig für die Ermittlung:

- a. des Katasterwertes im beschleunigten Verfahren (§ 47 Abs. 2b SchG),
- b. des Katasterwertes bei Neu- und Revisionszuschätzungen, sofern sich der neue Katasterwert aufgrund der Akten feststellen lässt,
- c. des Katasterwertes bei Berichtigungen (§ 10 SchG),
- d. * ...
- e. * der Belastungsgrenze für die Errichtung von Gülden (§ 1 Ziff. 3b SchG),

² Die Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern kann auch Katasterwerte im ordentlichen Verfahren ermitteln.

³ Der Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern steht bei der Durchführung eines Augenscheins ein Sachverständiger der Gemeinde beratend zur Seite.

§ 20 * ...**§ 21 *** *Ausstand, Stellvertretung*

¹ Schätzer, Schätzungsobmänner, Mitglieder von Schätzungskommissionen, Angestellte der Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern, Gemeindegachverständige sowie andere zu den Schätzungen beigezogene Sachverständige haben nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 3. Juli 1972⁷ in Ausstand zu treten. *

² Bei Ausstand oder Verhinderung ordnet die Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern oder der Schätzungsobmann die notwendige Stellvertretung an.

§ 22 *Schweigepflicht*

¹ Alle Personen, die in amtlicher Eigenschaft an Schätzungen teilnehmen, haben über die dabei gemachten Wahrnehmungen gegenüber Dritter Stillschweigen zu bewahren.

§ 23 * ...

⁷ SRL Nr. [40](#)

3 Verfahren bei der Katasterschätzung

§ 24 *Eröffnung des Schätzungsverfahrens*

¹ Die Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern eröffnet das Schätzungsverfahren durch Zustellung des Schätzungsauftrags an die Schätzungsbehörde und die Parteien.

§ 25 *Schätzungsauftrag*

¹ Im Schätzungsauftrag sind anzugeben:

- a. die Art der vorzunehmenden Schätzung (Neuschätzung, Revisionsschätzung, Berichtigung),
- b. der Schätzungsgegenstand,
- c. die beauftragte Schätzungsbehörde unter Hinweis auf das Recht, innert fünf Tagen seit Zustellung des Schätzungsauftrags der Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern Ausstands- oder Ablehnungsgründe gemäss § 21 Absatz 1 zu melden,
- d. der Zeitpunkt, auf den der neue Katasterwert in Kraft tritt (§§ 8–10 SchG).

§ 26 *Augenschein **

¹ Die Schätzungsbehörde, bei Kommissionen deren Präsident, hat den Zeitpunkt eines Augenscheins den Parteien rechtzeitig mitzuteilen unter Hinweis auf ihr Recht, daran teilzunehmen.

² ... *

§ 27 *Protokoll*

¹ Die Schätzungsbehörde hat über die Schätzung auf amtlichem Formular ein Protokoll aufzunehmen, das die Nachprüfung des Schätzungsergebnisses erlaubt.

² Das Protokoll ist mit den übrigen Akten unverzüglich der Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern zuzustellen, sofern diese nicht selbst die Schätzung vorgenommen hat.

§ 28 * *Schätzungsentscheid*

¹ Die Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern eröffnet den Parteien und der Gemeinde das Ergebnis der Schätzung in einem schriftlichen Entscheid. *

² Der Entscheid enthält den Katasterwert, das Datum seiner Inkraftsetzung, den Grund seiner Änderung, das Datum des Entscheids und seines Versands sowie eine Rechtsmittelbelehrung. Zudem ist auf das Recht zur Akteneinsicht gemäss § 32 hinzuweisen.

§ 29 *Einsprache*

¹ Die Einsprache ist schriftlich, begründet und mit einem Antrag versehen bei der Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern einzureichen.

² Sofern die Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern nicht selbst die Schätzung vorgenommen hat, übermittelt sie die Einsprache der zuständigen Schätzungsbehörde zur Behandlung.

§ 30 *Einspracheverfahren **

¹ Bei der Behandlung der Einsprache wirkt ein Angestellter der Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern oder ein Schätzungsobmann beratend mit. *

² Im übrigen gelten die gleichen Bestimmungen wie für das Schätzungsverfahren (§§ 26 und 27).

§ 31 * *Eröffnung des Einspracheentscheids*

¹ Die Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern eröffnet den Parteien und der Gemeinde den Einspracheentscheid der Schätzungsbehörde. *

² Im Entscheid ist auf das Recht zur Akteneinsicht (§ 32) und das Beschwerderecht hinzuweisen.

³ Wenn der Einsprecher die angefochtene Schätzung unterschriftlich anerkennt, erklärt die Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern die Einsprache als erledigt und macht hievon den Parteien und der Gemeinde Mitteilung. *

§ 32 *Akteneinsicht*

¹ Die Parteien können bei der Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern die Schätzungsakten jederzeit einsehen oder Kopien derselben verlangen. *

² ... *

§ 33 * *Zustellung an die Parteien*

¹ Für die Zustellung von Schätzungsaufträgen, Mitteilungen und Entscheiden an die Parteien kann die Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern die Mithilfe der Gemeinden in Anspruch nehmen.

§ 34 *Beschleunigte Revisions-schätzung*

¹ Die Parteien können bei der Anzeige eines Revisionsgrunds (§ 36 Abs. 1 SchG) die Revisions-schätzung im beschleunigten Verfahren verlangen (§ 47 Abs. 2b SchG).

² Die Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern erledigt solche Schätzungen unter Zuerkennung zeitlicher Priorität. *

§ 35 * ...

4 Nachführung der Katasterschätzungsakten

§ 36 *Meldung*
a. Mutationen

¹ Die Grundbuchämter melden der Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern auf amtlichem Formular alle eingetragenen Handänderungen und Änderungen von Grundstücksgrenzen sowie die Begründung und Aufhebung von Baurechten, Stockwerkeigentum und selbständigem Miteigentum. *

² Die Nachführungsgeometer haben der Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern auf Kosten des Auftraggebers ein Doppel der Mutationspläne unter Angabe der Kulturarten und ihrer Masse zuzustellen.

§ 37 * ...

§ 38 * *b. Schätzungsentscheide*

¹ Die Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern meldet den Grundbuchämtern die rechtskräftigen Schätzungsentscheide von Neu- und Revisionserschätzungen, von Berichtigungen sowie von Schätzungen nach dem Bundesgesetz über das bürgerliche Bodenrecht⁸.

§ 39 * *c. Schätzungsaufteilungen*

¹ Die Gemeinden melden den Grundbuchämtern die gemäss § 45 SchG vorgenommenen Schätzungsaufteilungen. *

² Soweit diese Aufgabe der Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern übertragen worden ist (§ 45 Abs. 3 SchG), obliegt dieser die Meldepflicht.

§ 40 *Aufbewahren der Schätzungsakten*

¹ Die Abteilung Immobilienbewertung der Dienststelle Steuern bewahrt sämtliche Schätzungsakten auf.

² Die Gemeinden haben für ihre Gemeinde die in Kraft stehenden Schätzungsentscheide und -verteilungen in übersichtlicher Anordnung aufzubewahren. *

⁸ SR [211.412.11](#)

5 Schlussbestimmungen

§ 41 *Aufhebung bisherigen Rechts*

¹ Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung werden alle widersprechenden Bestimmungen aufgehoben, insbesondere:

1. Verordnung über die Neuschätzung der Grundstücke vom 16. Juli 1953⁹,
2. Verordnung über die Revisionserschätzung der Grundstücke vom 21. Juni 1957¹⁰,
3. Verordnung über die amtliche Schätzung für die Errichtung von Gülden vom 20. Mai 1947¹¹,
4. Verordnung über die Abänderung der Katasterwerte nach § 50 des Schätzungsgesetzes vom 12. Oktober 1961¹²,
5. Beschluss betreffend die Vornahme der Kataster-Revisionserschätzungen und die Aufteilung der Katasterschätzungen bei Handänderungen nach Inkrafttreten der Verordnung über die Neuschätzung der Grundstücke vom 16. Juli 1953, vom 30. Oktober 1953¹³,
6. Beschluss über die Organisation des Schätzungswesens vom 4. Januar 1962¹⁴,
7. Beschluss über die Schätzung von Fahrnis- und Reversbauten vom 20. Oktober 1958¹⁵.

§ 42 *Inkrafttreten*

¹ Diese Verordnung tritt am 1. August 1967 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

⁹ V XIV 849

¹⁰ V XV 537

¹¹ V XIV 65

¹² V XVI 287

¹³ V XIV 917

¹⁴ V XVI 357

¹⁵ V XV 759

Änderungstabelle - nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle G
Erlass	24.07.1967	01.08.1967	Erstfassung	V XVII 384
Ingress	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 1 Abs. 1	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 1 Abs. 3	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 3	30.05.1989	01.01.1989	Titel geändert	G 1989 252
§ 3 Abs. 1	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 3 Abs. 1, a.	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 3 Abs. 1, b.	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 3 Abs. 1, d.	07.05.1973	01.06.1973	geändert	V XVIII 655
§ 3 Abs. 1, e.	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 3 Abs. 1, e.	12.12.2000	01.01.2001	geändert	G 2000 430
§ 3 Abs. 1, g.	30.05.1989	01.01.1989	eingefügt	G 1989 252
§ 3 Abs. 1, h.	30.05.1989	01.01.1989	eingefügt	G 1989 252
§ 3 Abs. 2	30.05.1989	01.01.1989	eingefügt	G 1989 252
§ 4 Abs. 1	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 4 Abs. 2	30.05.1989	01.01.1989	eingefügt	G 1989 252
§ 4 Abs. 3	30.05.1989	01.01.1989	eingefügt	G 1989 252
§ 5	05.12.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 517
§ 6	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 7	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 7 Abs. 1	13.07.1990	01.08.1990	geändert	G 1990 469
§ 8	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 9	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 9 ^{bis}	30.05.1989	01.01.1989	aufgehoben	G 1989 252
§ 10	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 10 Abs. 1	05.12.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 517
§ 11	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
Titel 1.4	05.12.1995	01.01.1996	aufgehoben	G 1995 517
§ 11 ^{bis}	05.12.1995	01.01.1996	aufgehoben	G 1995 517
§ 13 Abs. 1	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 14	11.12.2007	01.01.2008	geändert	G 2007 445
§ 16 Abs. 1	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 16 ^{bis}	30.05.1989	01.01.1989	eingefügt	G 1989 252
§ 17 Abs. 2	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 18 Abs. 1, b.	05.12.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 517
§ 18 Abs. 1, c.	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 18 Abs. 1, d.	05.12.1995	01.01.1996	aufgehoben	G 1995 517
§ 19	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 19 Abs. 1, d.	05.12.1995	01.01.1996	aufgehoben	G 1995 517
§ 19 Abs. 1, e.	05.12.1995	01.01.1996	geändert	G 1995 517
§ 20	30.05.1989	01.01.1989	aufgehoben	G 1989 252
§ 21	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 21 Abs. 1	16.01.2004	01.01.2004	geändert	G 2004 19
§ 23	30.05.1989	01.01.1989	aufgehoben	G 1989 252
§ 26	24.04.1972	01.05.1972	Titel geändert	V XVIII 299
§ 26 Abs. 2	24.04.1972	01.05.1972	aufgehoben	V XVIII 299
§ 28	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 28 Abs. 1	11.12.2007	01.01.2008	geändert	G 2007 445
§ 30	30.05.1989	01.01.1989	Titel geändert	G 1989 252
§ 30 Abs. 1	16.01.2004	01.01.2004	geändert	G 2004 19
§ 31	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 31 Abs. 1	11.12.2007	01.01.2008	geändert	G 2007 445
§ 31 Abs. 3	11.12.2007	01.01.2008	geändert	G 2007 445
§ 32 Abs. 1	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 32 Abs. 2	30.05.1989	01.01.1989	aufgehoben	G 1989 252
§ 33	11.12.2007	01.01.2008	geändert	G 2007 445
§ 34 Abs. 2	24.04.1972	01.05.1972	geändert	V XVIII 299
§ 35	30.05.1989	01.01.1989	aufgehoben	G 1989 252
§ 36 Abs. 1	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 36 Abs. 1	19.05.2015	01.06.2015	geändert	G 2015 186

Element	Beschlussdatum	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle G
§ 37	30.05.1989	01.01.1989	aufgehoben	G 1989 252
§ 38	19.05.2015	01.06.2015	geändert	G 2015 186
§ 39	30.05.1989	01.01.1989	geändert	G 1989 252
§ 39 Abs. 1	11.12.2007	01.01.2008	geändert	G 2007 445
§ 40 Abs. 2	11.12.2007	01.01.2008	geändert	G 2007 445

Änderungstabelle - nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle G
24.07.1967	01.08.1967	Erlass	Erstfassung	V XVII 384
24.04.1972	01.05.1972	§ 26	Titel geändert	V XVIII 299
24.04.1972	01.05.1972	§ 26 Abs. 2	aufgehoben	V XVIII 299
24.04.1972	01.05.1972	§ 34 Abs. 2	geändert	V XVIII 299
07.05.1973	01.06.1973	§ 3 Abs. 1, d.	geändert	V XVIII 655
30.05.1989	01.01.1989	Ingress	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 1 Abs. 1	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 1 Abs. 3	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 3	Titel geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 3 Abs. 1	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 3 Abs. 1, a.	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 3 Abs. 1, b.	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 3 Abs. 1, e.	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 3 Abs. 1, g.	eingefügt	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 3 Abs. 1, h.	eingefügt	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 3 Abs. 2	eingefügt	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 4 Abs. 1	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 4 Abs. 2	eingefügt	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 4 Abs. 3	eingefügt	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 6	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 7	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 8	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 9	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 9 ^{bis}	aufgehoben	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 10	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 11	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 13 Abs. 1	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 16 Abs. 1	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 16 ^{bis}	eingefügt	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 17 Abs. 2	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 18 Abs. 1, c.	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 19	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 20	aufgehoben	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 21	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 23	aufgehoben	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 28	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 30	Titel geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 31	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 32 Abs. 1	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 32 Abs. 2	aufgehoben	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 35	aufgehoben	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 36 Abs. 1	geändert	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 37	aufgehoben	G 1989 252
30.05.1989	01.01.1989	§ 39	geändert	G 1989 252
13.07.1990	01.08.1990	§ 7 Abs. 1	geändert	G 1990 469
05.12.1995	01.01.1996	§ 5	geändert	G 1995 517
05.12.1995	01.01.1996	§ 10 Abs. 1	geändert	G 1995 517
05.12.1995	01.01.1996	Titel 1.4	aufgehoben	G 1995 517
05.12.1995	01.01.1996	§ 11 ^{bis}	aufgehoben	G 1995 517
05.12.1995	01.01.1996	§ 18 Abs. 1, b.	geändert	G 1995 517
05.12.1995	01.01.1996	§ 18 Abs. 1, d.	aufgehoben	G 1995 517
05.12.1995	01.01.1996	§ 19 Abs. 1, d.	aufgehoben	G 1995 517
05.12.1995	01.01.1996	§ 19 Abs. 1, e.	geändert	G 1995 517
12.12.2000	01.01.2001	§ 3 Abs. 1, e.	geändert	G 2000 430
16.01.2004	01.01.2004	§ 21 Abs. 1	geändert	G 2004 19
16.01.2004	01.01.2004	§ 30 Abs. 1	geändert	G 2004 19
11.12.2007	01.01.2008	§ 14	geändert	G 2007 445
11.12.2007	01.01.2008	§ 28 Abs. 1	geändert	G 2007 445
11.12.2007	01.01.2008	§ 31 Abs. 1	geändert	G 2007 445
11.12.2007	01.01.2008	§ 31 Abs. 3	geändert	G 2007 445

Beschlussdatum	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle G
11.12.2007	01.01.2008	§ 33	geändert	G 2007 445
11.12.2007	01.01.2008	§ 39 Abs. 1	geändert	G 2007 445
11.12.2007	01.01.2008	§ 40 Abs. 2	geändert	G 2007 445
19.05.2015	01.06.2015	§ 36 Abs. 1	geändert	G 2015 186
19.05.2015	01.06.2015	§ 38	geändert	G 2015 186